

Markus Sachslehner

Schiedsvereinbarungen in
wettbewerbsbeschränkenden
Verträgen



PETER LANG
Europäischer Verlag der Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis:

Teil A:	Einführung	13
Teil B:	Die Schiedsfähigkeit von Verträgen mit wettbewerbsbeschränkendem Inhalt	16
<i>I.</i>	<i>Deutschland</i>	<i>16</i>
1.	Die Schiedsfähigkeit von nationalem Kartellrecht	16
a)	Historischer Überblick, Gesetzgebungsgeschichte und Forderungen nach Reform des § 91 GWB a.F.	16
aa)	Die Kartellschiedsgerichtsbarkeit bis zum Zweiten Weltkrieg	16
bb)	Die Entstehung von § 91 GWB a.F.	18
cc)	Forderungen nach einer weiter gehenden Ein- schränkung der Schiedsfähigkeit des Kartellrechts	22
dd)	Gegenläufige Forderungen nach einer weit- gehenden Freigabe der Schiedsfähigkeit	27
b)	Die Rechtslage nach Streichung des § 91 GWB a.F.	33
2.	Die Schiedsfähigkeit von EG-Kartellrecht	38
<i>II.</i>	<i>Überblick über die Schiedsfähigkeit von Kartellrecht in weiteren europäischen Rechtsräumen</i>	<i>41</i>
1.	Einführung	41
2.	England	42
a)	Grundlegendes	42
b)	Die Schiedsfähigkeit von EG-Kartellrecht	43
3.	Frankreich	44
a)	Grundlegendes	44

b)	Die objektive Schiedsfähigkeit	46
c)	Die Schiedsfähigkeit von EG-Kartellrecht	49
Teil C:	Die wettbewerbsrechtliche Beurteilung von Schiedsvereinbarungen	51
I.	<i>Einführung</i>	51
II.	<i>Schiedsvereinbarungen und europäisches Kartellrecht</i>	54
1.	Art. 81 EGV als Maßstab für Schiedsvereinbarungen?	54
2.	Ausgewählte Entscheidungen der Europäischen Kommission	57
a)	Europäische Kommission: „Transocean Marine Paint Association“	57
b)	Europäische Kommission: „Henkel/Colgate“, „Kabelmetal/Luchaire“, „Campari“	60
c)	Stellungnahme	62
d)	Europäische Kommission: „EBU/Eurovisions-System“	67
e)	Europäische Kommission: „Davidson Rubber Co“, „Burroughs/Geha-Werke“, „X/Open Group“	70
f)	Europäische Kommission: „Haarden- en Kachelhandel“, „IFTRA-Regeln für Hersteller von Hüttenaluminium“, „Centraal Bureau voor Rijwielhandel“	74
g)	Zusammenfassung und Stellungnahme	79
3.	Kriterien für die Annahme einer gegen Art. 81 EGV verstoßenden Schiedsvereinbarung	81
a)	Abhängigkeit der Schiedsrichter	81
b)	Verhängung von Geldbußen und Vertragsstrafen	82

c)	Keine Bindung der Schiedsrichter an das materielle Recht	83
d)	Vertragsgestaltende Schiedsgerichte	87
e)	Gelegenheitsschiedsgerichte, institutionelle Schiedsgerichte und Verbandsschiedsgerichte	88
4.	Die Rechtsfolge einer kartellrechtswidrigen Schiedsvereinbarung	93
Teil D:	Auswirkungen des Kartellrechts auf das schiedsgerichtliche Verfahren	95
I.	<i>Die schiedsgerichtliche Entscheidungsfindung</i>	95
1.	Die Befugnis des Schiedsgerichts zur Entscheidung über die eigene Zuständigkeit – sog. Kompetenz-Kompetenz	95
2.	Die Reichweite der schiedsgerichtlichen Kompetenz bei der Anwendung des nationalen und EG-Kartellrechts	99
3.	Aussetzung des schiedsgerichtlichen Verfahrens bei Verfahren vor der Kommission oder den nationalen Kartellbehörden	104
4.	Die schiedsgerichtliche Vorlagebefugnis gem. Art. 234 EGV	106
II.	<i>Eingriffsmöglichkeiten der ordentlichen Gerichte während eines schiedsgerichtlichen Verfahrens mit kartellrechtlicher Relevanz</i>	113
1.	Entscheidung über die Zusammensetzung des Schiedsgerichts gem. § 1034 Abs. 2 ZPO	113
2.	Entscheidung über die Ablehnung eines Schiedsrichters gem. § 1037 Abs. 3 ZPO	114
Teil E:	Die staatliche Kontrolle der Schiedsgerichtsbarkeit unter kartellrechtsrelevanten Gesichtspunkten	116
I.	<i>Die Verwaltungskontrolle durch die Kommission</i>	116

<i>II. Die Verwaltungskontrolle durch die nationalen deutschen Kartellbehörden</i>	118
1. Die Mitteilungspflicht von Schiedssprüchen als Auflage im Rahmen einer Freistellungsentscheidung über horizontale Wettbewerbsbeschränkungen	118
2. Die Mitteilungspflicht von Schiedssprüchen als Auflage im Rahmen einer Freistellungsentscheidung über vertikale Wettbewerbsbeschränkungen	119
3. Die Kontrolle durch die Kartellbehörden im Rahmen eines Aufsichtsverfahrens	120
 <i>III. Die Kontrolle durch die ordentlichen Gerichte bei der Vollstreckbarerklärung des Schiedsspruchs</i>	 122
1. Allgemeines	122
2. Aufhebung und Ablehnung der Vollstreckbarerklärung inländischer Schiedssprüche durch die ordentlichen Gerichte - § 1059 und § 1060 ZPO	124
a) Die Aufhebung bzw. Ablehnung der Vollstreckbarerklärung gem. § 1059 Abs. 2 Nr. 1 lit. a ZPO wegen Ungültigkeit der Schiedsvereinbarung	127
b) Die Aufhebung bzw. Ablehnung der Vollstreckbarerklärung gem. § 1059 Abs. 2 Nr. 1 d ZPO wegen unzulässiger Bildung des Schiedsgerichts oder sonstiger Verfahrensfehler	129
c) Die Aufhebung bzw. Ablehnung der Vollstreckbarerklärung gem. § 1059 Abs. 2 Nr. 2 lit. a ZPO wegen fehlender Schiedsfähigkeit des Streitgegenstandes	132
d) Die Aufhebung bzw. Ablehnung der Vollstreckbarerklärung gem. § 1059 Abs. 2 Nr. 2 lit. b ZPO wegen eines Verstoßes gegen den ordre-public	133

aa) Die ordre-public-Kontrolle	133
aaa) Ordre-public und nationales Kartellrecht	133
bbb) Ordre-public und europäisches Wettbewerbsrecht	135
bb) Umfang der Nachprüfung	139
aaa) Tatsächliche Feststellungen des Schiedsgerichts	139
bbb) Rechtliche Feststellungen des Schiedsgerichts	140
3. Die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche	145
Teil F: Zusammenfassung	146
Literaturverzeichnis	151